

> Online-Seminar: Grundlagenkurs - Das zulässige Vorhaben im unbeplanten Innenbereich



RECHTSANWALT UND FACHANWALT BÉLA GEHRKEN

Ihr Dozent bei diesem Seminar

Details

Seminar	Online-Seminar: Grundlagenkurs - Das zulässige Vorhaben im unbeplanten Innenbereich - Mit den Änderungen des BauGB 2025
ID	0002437
Termin	02.10.2025 - von 10:00 Uhr bis 16:30 Uhr
Anmeldeschluss	02.10.2025 - 10:00 Uhr
Kategorie	Städtebaurecht

Kurzbeschreibung

Die Erfahrungen in der Praxis zeigen, dass der Umgang mit den Zulässigkeitsvoraussetzungen des § 34 BauGB Schwierigkeiten bereiten kann. Im Rahmen des Seminars werden die Grundlagen zur bauplanungsrechtlichen Zulässigkeit von Vorhaben im unbeplanten Innenbereich nach § 34 BauGB systematisch dargestellt und anhand von Fällen aus der Praxis sowie aktueller Rechtsprechung veranschaulicht.

Mit Blick auf die steigenden Zahlen der Nachbarklageverfahren werden zudem die Kriterien besprochen, denen im Rahmen von § 34 BauGB nachbarschützenden Charakter haben. Dies betrifft beispielsweise den Gebietserhaltungsanspruch, das Rücksichtnahmegebot und die Doppelhausrechtsprechung.

Hierbei werden auch die Änderungen erläutert, die die aktuelle BauGB-Novelle für Vorhaben im unbeplanten Innenbereich mit sich bringt.

Seminarinhalt

I. Anwendungsbereich § 34 BauGB

Begriff des Vorhabens nach § 29 BauGB

Anwendung von § 34 BauGB bei unwirksamen Bebauungsplänen (typische Unwirksamkeitsgründe)

II. Abgrenzung Innenbereich (§ 34 BauGB)/Außenbereich (§ 35 BauGB)

Im Zusammenhang bebauter Ortsteil/Splittersiedlung

Baulücken

Außenbereichsinsel etc.

III. Abgrenzung der „näheren Umgebung“ nach § 34 BauGB

Maßgeblicher Umgebungsrahmen

Zäsurwirkung von Schienen, Straßen, Geländeverhältnissen etc.

IV. Gebot des Einfügens

Zulässigkeitsmerkmale (Art und Maß der baulichen Nutzung, Bauweise, überbaubare Grundstücksfläche, gesicherte Erschließung)

Faktische Baugebiete, § 34 Abs. 2 BauGB

Maßstabsbildende Bebauung (Fremdkörper/Ausreißer, illegale Bebauung, „nachprägende Wirkung“ bei Leerstand/Beseitigung)

Zulässiges Überschreiten des „Umgebungsrahmens“

§ 34 Abs. 3a BauGB (Abweichen vom Einfügensgebot)

V. § 34 Abs. 3 BauGB

Zentrale Versorgungsbereiche

Schädliche Auswirkungen

Wirkung von Einzelhandelskonzepten

VI. Überblick über die Satzungen nach § 34 Abs. 4 bis 6 BauGB

VII. Nachbarrechtsschutz

Gebietserhaltungsanspruch

Gebot der Rücksichtnahme

Doppelhausrechtsprechung

Klagen durch Nachbargemeinden

Preis

395,00 Euro (USt. befreit) *Bedienstete der öffentlichen Verwaltung*

590,00 Euro (USt. befreit) *Andere*

250,00 Euro (USt. befreit) *Auszubildende*